

DER TAGESSPIEGEL

UNABHÄNGIGE BERLINER MORGENZEITUNG

Geschäftsstellen: B 15, Kurfürstendamm 182, Tel. 26 93 336; B 19, Kaiserdamm 7, Tel. 26 93 330; B 20, Markt 2/3, Tel. 3 33 18 18; B 26, Wilhelmsruher Damm 247, Tel. 4 11 26 44; B 28, Heinestr. 37, Tel. 4 04 30 39; B 30, Potsdamer Str. 87, Tel. 26 93 289; B 31, Uhlandstr. 137, Tel. 26 93 347 / 6 61 70 01; B 33, Hohenzollerndamm 94, Tel. 26 93 334; B 38, Spanische Allee 138, Tel. 8 03 30 33 / 8 03 89 61; B 41, Bundesallee 115, Tel. 26 93 345; B 42, Tempelhofer Damm 2, Tel. 26 93 332; B 44, Karl-Marx-Str. 184, Tel. 26 93 341; B 45, Baseler Str. 12, Tel. 26 93 338; B 46, Leoonorestr. 71, Tel. 26 93 337; B 47, Neuköllner Str. 259, Tel. 6 61 30 20; B 52, Scharnweberstr. 48, Tel. 26 93 343; B 65, Müllerstr. 122 b, Tel. 26 93 348



Verlag der Tagespiegel GmbH, Berlin 30, Postfach, Potsdamer Straße 87 / Telefon 26 93 1 / Telex 01 83 773 / Telegramme: Tagespiegel Berlin / Banken: Berliner Disconto Bank, Berliner Bank, Bank für Handel und Industrie, Berliner Commerzbank, Sparkasse der Stadt Berlin West, Postcheck: Berlin West 105-105 / Bonner Redaktion: 53 Bonn, Pressehaus 1, Telefon 22 78 45 und 22 14 14 / Abonnementspreis bei freier Zustellung durch eigene Boten 7,50 DM, durch die Post 11,20 DM inkl. (einschl. 4,5 % MwSt) / Erhebungsweise: tgl. außer nach Sonn- u. Feiertagen / Keine Ersatzansprüche bei Störungen d. höh. Gewalt / Anzeigenpreisliste Nr. 21 / Erfüllungsort u. Gerichtsstand auch für das Mahnverfahren: Berlin-Tempelhof.

Nr. 9433 / 32. JAHRGANG

BERLIN, DIENSTAG, 5. OKTOBER 1976

40 Pf / Ausw. 50 Pf A 6622 A

Nach dem knappen Wahlsieg der Koalition: Gespräche Scheels mit den Parteivorsitzenden

Schmidt: Sichere Mehrheit für die Kanzlerwahl – Kohl erhebt Führungsanspruch für die Union FDP bleibt bei ihrer Aussage zugunsten eines sozial-liberalen Bündnisses

Von unserem Bonner Büro

Bonn. Obwohl SPD und FDP zur Erneuerung ihrer Koalition entschlossen sind, hat der Kanzlerkandidat der Union, Kohl, gestern Bemühungen eingeleitet, die nächste Bundesregierung zu bilden: Er suchte Bundespräsident Scheel auf und bat den FDP-Vorsitzenden Genscher schriftlich um ein Gespräch. Die Spitzenreihen der Parteien berieten unterdessen über Ursachen und Konsequenzen des Wahlergebnisses vom Sonntag. Die Union zeigte sich hochbefriedigt, daß sie 19 Sitze hinzugewonnen hat und nunmehr mit 244 zu 252 Sitzen nur noch acht hinter der SPD/FDP-Koalition liegt. Diese äußerte ihrerseits Genugtuung darüber, eine wenn auch deutlich schwächere Mehrheit behauptet zu haben.

Kohl kündigte gestern abend eine Fortsetzung der Kontakte mit dem Bundespräsidenten an. Bundeskanzler Schmidt lud die FDP für heute zu einem Koalitionsgespräch ein, und der FDP-Vorsitzende Genscher will heute eine Pressekonferenz geben. Heute wird der SPD-Vorsitzende Brandt von Scheel empfangen.

Kohl wurde gestern nachmittag auf eigenen Wunsch von Bundespräsident Scheel empfangen, dem er nahelegte, ihn als Repräsentanten der stärksten Fraktion dem neuen Bundestag als Kanzlerkandidaten vorzuschlagen. Über die für den 14. Dezember vorgesehene Wahl hatte Scheel bereits am späten Sonntagabend ein telefonisches Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt geführt. Dieser teilte ihm mit, daß er über eine ausreichende Mehrheit für die Wiederwahl verfüge. Bei der Erzielung der SPD 42,6 Prozent, die CDU/CSU 48,6 Prozent und die FDP 7,9 Prozent.

Kohl lud den FDP-Vorsitzenden Genscher zu Gesprächen ein, von denen angenommen wird, daß sie in den nächsten Tagen stattfinden. Kohl sagte hierzu, er nehme ernst, was Genscher am Ende der Fernseh-Diskussion am 30. September gesagt habe: daß die Demo-

kraten miteinander reden müßten. „Wir kämpfen um den Regierungsauftrag“, sagte Kohl vor der Presse. Bisher sei jede Regierung in der Bundesrepublik zerbrochen, die gegen die weitaus stärkste Partei – also gegen den Wählerwillen – gebildet worden sei. Es handle sich bei SPD und FDP jetzt um eine „Acht-Stimmen-Koalition der Schwäche“. Sie sei zur Bewältigung der innen- und außenpolitischen Probleme nicht in der Lage und stehe einer Mehrheit der CDU/CSU im Bundestag und in der Bundesversammlung gegenüber.

Auf Fragen fügte Kohl an, es sei nicht sein politischer Stil, einzelne Abgeordnete aus dem SPD/FDP-Lager herausbrechen zu wollen. Eine Allparteien-Regierung halte er nur in einer nationalen Notlage für angebracht.

Ob er Ministerpräsident in Rheinland-Pfalz bleiben oder die Führung der CDU/CSU im Bundestag übernehmen will, hielt Kohl noch offen. Er sagte, zunächst müßten seine Bemühungen, den Auftrag zur Regierungsbildung zu erhalten, abgeschlossen sein. In seinem Kopf sei „die Entscheidung völlig klar“. Bonner Beobachter haben den Eindruck, daß Kohl lieber in Mainz bleiben möchte, aber innerparteilichem Druck ausgesetzt ist, nach Bonn zu gehen.

Die Koalition gab bekannt, daß das Bundeskabinett nicht geändert werden solle. Dagegen steht die CDU/CSU vor der Frage, wen sie für das Amt des Bundestagspräsidenten benennen will, das ihr als stärkster Fraktion nach vierjähriger Pause nun wieder zusteht.

Berichte zur Wahl Seite 2, 3 und 4

In Unionskreisen heißt es hierzu, die bayerische CSU habe Anspruch darauf, auch einmal eine „Nummer eins“ zu stellen, nachdem sie bisher weder beim Bundespräsidenten noch beim Bundeskanzleramt berücksichtigt worden sei. Als möglicher Kandidat gilt der CSU-Landesgruppenvorsitzende Stücklen, doch werden auch dem früheren CDU-Vorsitzenden Barzel Ambitionen nachgesagt.

Nach einer Sitzung des CDU-Bundesvorstandes erklärte Kohl, daß die Union nach diesem „bestgeführten Wahlkampf und zweitbesten Ergebnis“ auch dann mehr Stimmen als die SPD errungen habe, wenn man die CSU beiseite lasse. Die CDU habe im außerbayerischen Bundesgebiet 14,4 Millionen Stimmen errungen gegenüber 13,9 Millionen Stimmen der SPD.

Kritisch gewürdigt wurde im CDU-Spitzenrat das Abschneiden der einzelnen Landesparteien. Die Union gewann hinzu: in Bayern 4,9, in Hessen 4,5, in Rheinland-Pfalz 4,0, in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen 3,5, in Niedersachsen und Bremen 3,0 im Saarland 2,9, in Hamburg 2,5 und in Schleswig-Holstein 2,1 Prozent. Die Verluste der SPD betragen: in Hamburg und im Saarland 1,8, in Schleswig-Holstein 2,2, in Baden-Württemberg 2,3, in Niedersachsen 2,4, in Hessen 2,8, in Rheinland-Pfalz 3,2, in Nordrhein-Westfalen 3,5, in Bremen 3,9 und in Bayern 5 Prozent. Die FDP errang geringe Zugewinne in Bremen (0,7), Schleswig-Holstein (0,2) und Bayern (0,1 Prozent). In Nordrhein-Westfalen blieb sie gleich stark, und sie nahm ab in Rheinland-Pfalz (0,5), im Saarland (0,5), sowie in Niedersachsen (0,6), Hamburg (1,0), Baden-Württemberg (1,1) und Hessen (1,7 Prozent).

Bonner UNO-Initiative auf die Tagesordnung gesetzt
New York (AP/dpa). Der Lenkungsanschuß der UNO-Vollversammlung hat gestern einstimmig beschlossen, den von der Bundesrepublik Deutschland unterbreiteten Vorschlag zur Schaffung einer internationalen Konvention gegen Geiselnahme auf die Tagesordnung zu setzen. Der Ausschuß überwies die Angelegenheit an den Rechtsausschuß zur Ausarbeitung einer Resolution.



Bundespräsident Scheel hat gestern nachmittag den CDU-Vorsitzenden Kohl zu einer Aussprache empfangen, die auf Wunsch des CDU-Kanzlerkandidaten zustande kam.



Im Bundeskanzleramt in Bonn bekräftigte in der Nacht zum Montag Helmut Schmidt, daß er mit der FDP die nächste Bundesregierung bilden werde.

Vier Tote bei Attentat im spanischen Baskenland

Mitglied des Rats des Königreichs und drei Polizisten getötet

San Sebastian (AP/dpa/ddp). In San Sebastian im spanischen Baskenland ist gestern ein Mitglied des 17-köpfigen Rats des Königreichs, der 59-jährige Juan Maria de Araluce y Villar, einem Maschinengewehr-Attentat zum Opfer gefallen.

Mit ihm kamen drei ihm begleitende Polizisten ums Leben. Sein Fahrer erlitt schwere Verletzungen. Araluce war zugleich Chef der Provinzialregierung der baskischen Provinz Guipuzcoa und Mitglied des Ständeparlaments, der Cortes. Wegen des Mordes wurde das Kabinett in Madrid zu einer Sondersitzung einberufen.

Araluce befand sich nach Mitteilung der Polizei im Auto auf der Fahrt von seinem Büro zum Essen, als plötzlich auf der Hauptstraße der Stadt aus einem Torweg ein Mann trat und das Feuer eröffnete. Der Attentäter entkam unerkannt. Von ihm fehlt jede Spur. Aus Polizeikreisen wurde später bestätigt, daß Araluce Todesdrohungen der baskischen

Separatisten-Organisation ETA erhalten hatte. Der Attentäter, der als junger Mann mit dunkler Jacke beschrieben wurde, flüchtete in einem weißen Auto. Die Polizei nahm an der 16 Kilometer von San Sebastian entfernten Grenze zu Frankreich verschärfte Kontrollen vor, da das französische Baskenland als Zufluchtsort für baskische Separatisten gilt, die sich dem Zugriff der spanischen Polizei entziehen wollen.

Araluce stammte aus San Sebastian und hat im spanischen Bürgerkrieg als Pilot auf der Seite der Franco-Truppen gekämpft.

Portugals zweitstärkste Partei hat sich umbenannt

Lissabon (ddp/dpa/AP). Die Demokratische Volkspartei Portugals (PPD), die zweitgrößte Partei des Landes nach den Sozialisten, nennt sich in Zukunft Sozialdemokratische Partei (PSD). Das teilte der Parteichef Sa Carneiro gestern mit. Die Namensänderung und eine ebenfalls beschlossene Änderung der Parteilösung zielt nach Ansicht politischer Beobachter darauf ab, eine Gruppe mehr nach links tendierender Politiker, die beim letzten Kongreß die Partei verlassen hatte, wieder an die Partei heranzuziehen.

In Portugal werden nach Mitteilung der Regierung am 12. Dezember Kommunalwahlen stattfinden.

Osswald trat zurück

Börner soll Nachfolger werden

Wiesbaden (dpa/ddp/AP). Der hessische Ministerpräsident Osswald ist am Sonntag in Zusammenhang mit der Affäre um die Milliardenverluste der Hessischen Landesbank, für die er die politische Verantwortung trägt, zurückgetreten. Die Spitzenpolitiker der Wiesbadener SPD einigten sich auf den SPD-Bundesgeschäftsführer und nordhessischen Bezirksvorsitzenden der Sozialdemokraten, Holger Börner, als Nachfolger Osswalds. Die FDP erklärte sich mit Börner einverstanden und will an einer Koalition mit der SPD in Hessen festhalten. Das Landesparlament wird am Dienstag kommender Woche zu einer Sondersitzung zusammentreten, in der der neue Ministerpräsident gewählt und vereidigt werden soll. (Siehe Seite 5)

McNamara: „Mehr für die armen Länder tun“

Manila (dpa). Zur Überwindung der Armut in der Welt sind nach den Worten des Präsidenten der Weltbank, McNamara, verstärkte Anstrengungen der Industriestaaten, aber auch der Entwicklungsländer selbst, dringend erforderlich. Auf der Jahresversammlung der Weltbank wies der frühere amerikanische Verteidigungsminister gestern in Manila darauf hin, daß sich die Einkommenssituation für mehr als eine Milliarde Menschen in den ärmsten Ländern während der letzten zehn Jahre

nicht geändert habe. Das Pro-Kopf-Einkommen dieser Menschen sei um ganze zwei Dollar pro Jahr gestiegen und liege jetzt bei lediglich 150 Dollar im Jahr. Der Weltbank-Präsident vertrat die Ansicht, daß die Hilfe von außen, der die ärmsten Länder bedürft hätten, um ein angemessenes Wachstum ihrer Wirtschaft und einen Beitrag zur Befriedigung der notwendigsten Bedürfnisse ihrer Bevölkerung zu ermöglichen, für die reichen Länder „im Bereich des Machbaren“ gelegen hätte. (Weiteres Seite 17)

Schwierige Verhandlungen über den Rhodesien-Konflikt

Salisbury (AP/dpa/ddp). Im Rhodesien-Konflikt stehen schwierige Verhandlungen bevor. Über das Wochenende wurde klar, daß die Afrikaner die zwischen US-Außenminister Kissinger und dem rhodesischen Ministerpräsidenten Smith ausgehandelten Vereinbarungen in dieser Form nicht annehmen werden, daß sie aber bereit sind, an der von Großbritannien einberufenen Konferenz zur Bildung einer Übergangsregierung teilzunehmen. In Salisbury verhandelten gestern abend die Beauftragten der USA und Großbritanniens, Schaufele und Rowlands, mit Smith.

Nach einer einhalbstündigen Unterredung mit Smith erklärten Rowlands und Schaufele lediglich, die Gespräche seien „sehr konstruktiv“ gewesen. Unterdessen sind gestern Bemühungen gescheitert, die beiden rivalisierenden Fraktionen des Afrikanischen Nationalrats (ANC) zu vereinen. (Weiteres Seite 7)

Unsere Meinung:

Nach der Wahl

J.B. Wahlen sind kein politisches Feuilleton. Ihr einziger Zweck ist es, Mehrheiten für Regierungen zu produzieren. Sieht man einmal von den wenigen Fällen ab, in denen dies wegen eines unentschiedenen Ausgangs von Wahlen nicht gelingt, so kommentieren sich ihre Ergebnisse ganz wie von selbst. Im vorliegenden Fall der deutschen Bundestagswahl heißt dies: Die CDU/CSU hat ihr Wahlziel knapp verfehlt, das nur der Gewinn der absoluten Mehrheit sein konnte, nachdem sich SPD und FDP aufeinander verpflichtet hatten. Die Regierungskoalition hat zwar mit Mühe gewonnen, aber ihre Mehrheit reicht aus, um die Kanzlerwahl Mitte Dezember sicherzustellen. Und diese Tatsachen lassen nur einen Schluß zu – daß die Mehrheit der Deutschen auch im Jahre 1976 die Kombination SPD/FDP als die ihrer Stimmungslage am besten entsprechende Machtkonstellation ansieht, so, wie in der ganzen ersten Phase der Bundesrepublik die Kombination CDU/FDP als natürlicher Ausdruck des politischen Klimas in Deutschland erschien. Es gilt also auch noch im Jahre 1976, was Strauß, dessen persönliches Temperament seine Fähigkeiten zur kühlen politischen Analyse oft überdeckt, schon nach der ersten Brandt-Wahl gesagt hatte: Solange die FDP ihren natürlichen Platz an der Seite der SPD sieht, wird es der CDU/CSU sehr schwerfallen, den Weg an die Macht zurückzufinden.

Diese nüchternen Feststellungen bedeuten nun allerdings nicht, daß die Wahlergebnisse keine brisante Spannung enthielten. Die Koalition hat, was sich an der Zahl ihrer Acht-Stimmen-Mehrheit im Parlament deutlicher zeigt als an den absoluten Zahlen der Wählerstimmen, die Wahl nur noch soeben gewonnen; als aufeinander angewiesene Partner haben sie beide verloren. Es gibt also einen deutlichen Knick in der von Strauß fast resignativ als eine Art von historischer Zwangsläufigkeit beschriebenen Entwicklung. SPD und FDP können beide nicht mehr sicher sein, von einer Art Grundwelle an der Macht gehalten zu werden. Interessant in dieser Hinsicht das Verhalten von Schmidt in der Wahlnacht. Er distanzierte sich, weil dieser nun einmal nicht positiv war, völlig von dem Trend der Ereignisse; er überließ es, fast in verächtlichem Sinne, den Parteiführern Brandt, Kohl und Genscher darüber zu spekulieren. Spät abends dann erschien er, um auf das einzig Wesentliche für ihn, den über allem Schwebenden, hinzuweisen: daß er nach dem Wahlergebnis der einzig mögliche Kanzler sei. Schmidt ist eben auch kein politischer Feuilletonist.

Allerdings wird auch er nicht das andere große Ereignis der Wahl übersehen. Es gilt für viele als überraschend, daß ebenso wie die SPD auch die FDP an Stimmen verloren hat, daß also die Wähler verschwunden zu sein scheinen, die bei grundsätzlicher Billigung der Koalition ihre Abneigung gegen die SPD dadurch ausdrückten, daß sie die FDP in der Regierung stärker machen. Beim näheren Hinsehen ist dies freilich gar nicht so überraschend. Wenn sich SPD und FDP den Wählern als ein Regierungsblock darstellen, dann trifft ein gegen sie gerichteter Trend eben auch beide; selbst dann, wenn die FDP es jeweils vermag, sich mit Geschick und Eleganz als ein Sonderfall in der Regierung darzustellen. Dies muß notwendigerweise in der FDP die Überlegung auslösen, wann für sie der Zeitpunkt gekommen ist, die einmal als historisch beschriebene Verbindung mit der SPD aufzugeben, um von einer ähnlich gearteten Rolle wie in der Regierung Brandt und Schmidt schließlich wieder an der Seite der CDU zu profitieren. Dies ist keine Sache des Augenblicks, wo die FDP vor den Wählern ohnehin festgelegt ist und aus dieser Verpflichtung, angesichts der nun einmal vorhandenen Mehrheit, sich kaum entlassen kann. Aber es wird wichtig für die Zukunft – auch in der Art, wie die FDP mit der SPD in der Regierung umgeht.

Nur in diesem Zusammenhang ist es interessant, daß die Regierungsparteien im Parlament eine so knappe Mehrheit haben. Im Normalfall reicht diese Mehrheit völlig aus. Für Parteien, die ihr gemeinsames Interesse darin sehen, auf jeden Fall an der Macht zu bleiben, haben kleine Mehrheiten sogar oft einen disziplinierenden Effekt. Nicht die knappe Mehrheit, sondern die Überlegungen der Parteien über ihre Zukunft kann eine künftige Regierung Schmidt gefährden. Die SPD zum Beispiel findet sich in dem Dilemma, daß sie nicht mehr pragmatischer erscheinen kann als unter diesem Kanzler – eine Re-Ideologisierung der Partei aber müßte sie von der FDP entfernen, die ihr Bündnis mit der SPD im Wahlkampf nur unter der Voraussetzung einer nichtsozialistischen Politik als gültig hingestellt hat. Eine kluge Oppositionspolitik der CDU, die natürlich weit entfernt von billigen Werben um die FDP zu sein hätte, könnte hier langfristig Wirkung ausüben. Wähler, der wie ein schnell wieder verglühender Meteor in der Wahlnacht auf den Bildschirmen auftauchte, hält die Konstellation des Wahlergebnisses immerhin für so interessant, daß er seiner Partei nahegelegt, lange darüber nachzudenken... Eine Berliner Randbemerkung sei gestattet. Das Bundestagswahlergebnis und seine Folgen entsprechen ziemlich genau dem Ergebnis der letzten Berliner Wahlen, wo ebenfalls die CDU die stärkste Partei wurde und SPD und FDP bei Stimmenrückgang die Regierung bildeten. Schütz wird in sich hineinlächeln und meinen, soviel besser als er sei Schmidt also auch nicht. Dennoch möchte man zu hoffen wagen, daß die Bonner innenpolitischen Verhältnisse nicht mehr und mehr den Berliner Verhältnissen zu ähneln beginnen...